

Wahlprüfstein DIE LINKE

LSVD NRW e.V.
Lesben- und Schwulenverband in Deutschland
Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.
Hülchrather Str. 4
50670 Köln

Fragen der LSBTI

Bei der Landtagswahl im Mai 2017 werden auch über eine Million LBSTI* ((Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle) in Nordrhein-Westfalen zur Wahl aufgerufen sein. Diese werden ihre Wahlentscheidung für eine der demokratischen Parteien, die sich um ein Mandat bei den Landtagswahlen bemühen, natürlich auch davon abhängig machen, ob ihre berechtigten Anliegen von den Parteien angemessen berücksichtigt werden. Wir haben diese Anliegen als Wahlprüfsteine in konkrete Fragen zusammengefasst.

1. NRW tritt für Vielfalt ein

1. Werden Sie sich auf Bundesebene für die Öffnung der Ehe für Menschen des gleichen Geschlechts einsetzen?

Ja, DIE LINKE unterstützt die Öffnung der Ehe und hat wiederholt entsprechende Anträge in den Bundestag eingebracht. In dieser Legislaturperiode ist ein entsprechender Antrag der LINKEN im Rechtsausschuss des Bundestages 24-mal durch CDU/CSU und SPD vertagt worden.

Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE für eine Vielfalt von Lebensweisen (Mehr-Generationen-wohnen, Wohngemeinschaften) und deren Schutz (z.B. im Mietrecht) ein. Ungerechtfertigte Privilegien der Ehe wie das Ehegattensplitting sollen hingegen abgeschafft werden.

1. NRW tritt für Vielfalt ein

2. Werden Sie die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen um ein Verbot der Ungleichbehandlung aufgrund der sexuellen Identität ergänzen?

Ja, DIE LINKE.NRW setzt sich dafür ein, dass das Verbot der Ungleichbehandlung aufgrund der sexuellen Identität in die Verfassung des Landes NRW aufgenommen wird.

Gleichzeitig müssen die Grundsätze der Landesverfassung auch eingehalten werden. Ein Verbot, LSBTI* ungleich zu behandeln, darf nicht wie das ebenfalls in der Landesverfassung festgeschriebene Recht auf Arbeit nur auf dem Papier existieren, sondern muss praktisch umgesetzt werden.

1. NRW tritt für Vielfalt ein

3. Werden Sie sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes um die Formulierung "Niemand darf wegen seiner sexuellen Identität benachteiligt oder bevorzugt werden" ergänzt wird, damit das Grundgesetz auch Lesben, Schwulen, Trans* und intersexuelle Menschen in Zukunft explizit vor Diskriminierung schützt?

Ja, DIE LINKE.NRW unterstützt die Ergänzung von Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes und wird sich für eine entsprechende Bundesratsinitiative des Landes NRW einsetzen bzw. dafür, dass dahingehende Anträge anderer Bundesländer durch das Land NRW unterstützt werden.

1. NRW tritt für Vielfalt ein

4. Wollen Sie dafür sorgen, dass auf Bundesebene das Transsexuellenrecht (TSG) schnellstmöglich unter Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Organisationen umfassend reformiert und die Hürden auf dem Weg zur Vornamens- und Personenstandsänderung beseitigt werden? Wenn ja, wie wollen Sie dieses Vorhaben realisieren?

DIE LINKE.NRW unterstützt die bundespolitischen Bemühungen zur grundlegenden Reform des Transsexuellenrechts. In der Vergangenheit hat die Bundestagsfraktion DIE LINKE mehrfach parlamentarische Initiativen zur Reform des TSG eingebracht, dies unterstützt DIE LINKE NRW. Das Land muss die Bundesregierung über den Bundesrat unter Druck setzen.

DIE LINKE.NRW unterstützt außerdem die zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Reform des TSG und setzt sich für eine institutionelle Förderung der Trans-Selbstorganisation in NRW ein.

1. NRW tritt für Vielfalt ein

5. Beabsichtigen Sie das Thema Menschenrechte von LSBTI* auch in den Arbeitsbereich der Staatskanzlei - Geschäftsbereich Bundesangelegenheiten, Europa und Medien- zu etablieren und in den internationalen Beziehungen des Bundeslandes NRW mitzudenken? Wenn ja, welche konkreten Vorschläge haben Sie dazu?

Ja, DIE LINKE. NRW tritt ohnehin dafür ein, das „Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ direkt bei der Staatskanzlei anzusiedeln. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Belange von LSBTI* als Querschnittsaufgabe der Regierungspolitik wahrgenommen werden. Der Kampf gegen die in zahlreichen Ländern bestehenden massiven Diskriminierungen von LSBTI* muss Bestandteil der Europapolitik und der internationalen Politik des Landes NRW werden.

2. Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt - gegen Homo- und Transphobie

6. Werden Sie dafür sorgen, dass der 2012 verabschiedete und 2015 fortgeschriebene Aktionsplan weiterentwickelt und ausreichend finanziert wird?

Wie wollen Sie den Austausch zwischen der Landesregierung und Vertretungen der LSBTI*-Community verstetigen?

Ja, der Aktionsplan des Landes NRW war richtig und notwendig. Er hat die bundesweit ausstrahlende Initiative des damaligen rot-roten Berliner Senats („Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und die Akzeptanz sexueller Vielfalt“) aufgegriffen, den Erfordernissen des Landes NRW angepasst und weiterentwickelt.

DIE LINKE. NRW setzt sich für die Weiterentwicklung des Aktionsplans ein und wünscht sich eine stärkere Berücksichtigung der Thematik Mehrfachdiskriminierung.

Aktionspläne, die die Zivilgesellschaft fördern und aktivieren, müssen mit der Zivilgesellschaft partizipativ entwickelt, evaluiert und weiter entwickelt werden. Ein regelmäßiger Austausch zwischen der Landesregierung und der Community ist aus Sicht der LINKEN NRW hierbei ein wichtiger Baustein. Bedauerlich ist, dass der Aktionsplan seit Jahren nicht ausfinanziert ist und zahlreiche Maßnahmen auch nach fünf Jahren noch nicht umgesetzt sind.

3. Eintreten gegen Diskriminierung und Hassgewalt

7. Werden Sie sich für ein Antidiskriminierungsgesetz in NRW mit geregelten Beschwerderechten und Beschwerdewegen für Betroffene einsetzen?

Ja, DIE LINKE. NRW befürwortet ein Antidiskriminierungsgesetz für NRW mit geregelten Beschwerdewegen und -rechten.

3. Eintreten gegen Diskriminierung und Hassgewalt

8. Werden Sie sich dafür engagieren, dass Polizei- und Justizbehörden weiter für das Thema „Homo- und transphobe Gewalt“ sensibilisiert werden und dies verbindlich in die Aus- und Fortbildung von Polizist*innen, Richter*innen, Staatsanwält*innen und Justizmitarbeiter*innen integriert wird?

Ja, DIE LINKE. NRW unterstützt die Sensibilisierung in den Aus- und Weiterbildungsgängen. Eine verbindliche Festschreibung in den Lehrplänen der Ausbildung und im Studium ist aus Sicht der LINKEN notwendig.

Zudem müssen bei allen Polizeipräsidien und Staatsanwaltschaften feste LSBTTI-AnsprechpartnerInnen vorhanden sein.

Innenministerium und Landeskriminalamt stellen sich immer noch gegen diese Forderung, so dass der neu zu wählende Landtag hier eine gesetzliche Verpflichtung schaffen muss.

3. Eintreten gegen Diskriminierung und Hassgewalt

9. Werden Sie dafür sorgen, dass die statistische Erfassung von Delikten, die gegen die sexuelle Selbstbestimmung und Vielfalt gerichtet sind, bereits in der polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS) als politisch motivierte Kriminalität (PMK) anhand von Tätermotiven aufgenommen und ausgewiesen wird?

Ja, DIE LINKE. NRW setzt sich dafür ein, dass – wie im Bundesland Berlin bereits geschehen – homo- und transphobe Straftaten auch als solche kategorisiert und in der polizeilichen Kriminalstatistik gesondert erfasst werden. Es handelt sich hierbei um politisch motivierte Kriminalität.

4. Beratungs- und Unterstützungsstrukturen ausbauen

10. Wie wollen Sie bedarfsgerechte Beratungs-, Begleitungs- und Qualifikationsangebote für LSBTI* fördern? Werden Sie Aufklärung und Angebote zu LSBTI*-Themen als Querschnittsaufgabe auch in den Bereichen Jugend (z.B. Jugendplan), Familie, Senior*innen, Migrant*innen und Sport fördern und finanzieren?

DIE LINKE. NRW wird sich dafür einsetzen, dass die Beratungs- und Unterstützungsangebote ausgebaut und bedarfsgerecht finanziert werden. Des Weiteren befürworten wir, dass Aufklärung und Angebote in den o.g. Bereichen als Querschnittsaufgabe behandelt werden. Dies ist aus Sicht der LINKEN auch deshalb wichtig, da Betroffene häufig nicht nur von einem Merkmal der Diskriminierung betroffen sind (Mehrfachdiskriminierung), deshalb ist die Absprache mit bestehenden Antidiskriminierungsangeboten wichtig.

4. Beratungs- und Unterstützungsstrukturen ausbauen

11. Wie wollen Sie die Strukturen zur Selbsthilfe und zum Abbau von Homo- und Transphobie unterstützen und sicherstellen, dass diese langfristig und auskömmlich gefördert werden?

Mit dem Schwulen Netzwerk NRW, der LAG Lesben in NRW und dem LSVD bestehen in NRW bereits gut organisierte Strukturen auf Landesebene. Die Selbstorganisation im Bereich Trans* ist im Aufbau. Diese Landesstrukturen müssen stärker institutionell gefördert werden. Zudem muss die Projektförderung für örtlich und themenspezifisch arbeitende Gruppen verstärkt werden. Gerade besonders erfolgreiche und langjährige Projekte brauchen für ihre gute Antidiskriminierungsarbeit Perspektiven. Auch die Kampagne „anders und gleich“ muss weiter gefördert werden und eine größere Breitenwirkung erzielen.

5. LSBTI*-Geflüchtete

12. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass LSBTI*-Geflüchtete vor Gewalt, außerhalb wie innerhalb von Unterkünften, geschützt werden?

Notwendig ist innerhalb der Unterkünfte ein besserer Betreuungsschlüssel, das Personal muss für die besonderen Konfliktlagen, mit denen LSBTI* konfrontiert sind, sensibilisiert werden. Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE für den Aufbau von Unterkünften für queere Geflüchtete ein, denn es braucht Schutzräume.

5. LSBTI*-Geflüchtete

13. Wollen Sie in Nordrhein-Westfalen queere Geflüchtete als „besonders schutzbedürftige Flüchtlinge“ anerkennen und welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um diesen Menschen Unterstützungsstrukturen und bei Bedarf eigene Unterkünfte zur Verfügung zu stellen?

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass queere Geflüchtete möglichst schnell in größeren Städten untergebracht werden, in denen eine entsprechende Unterstützungsstruktur aus der Community existiert. Zudem sind spezielle Unterkünfte und Projekte für queere Geflüchtete aufzubauen, um die Unterbringung in großen Gemeinschaftsunterkünften möglichst kurz zu halten. Für DIE LINKE gehören queere Geflüchtete zur Gruppe der besonders schutzbedürftigen Flüchtlinge. DIE LINKE setzt sich dafür ein, diese durchgängig auch als solche anzuerkennen.

5. LSBTI*-Geflüchtete

14. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Mitarbeitende in den Gemeinschaftsunterkünften (Sicherheitspersonal, Sozialarbeiter*innen, Leitungen, Sprachmittler*innen), in den Beratungseinrichtungen, sowie bei der Polizei über den Asylgrund „sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität“ informiert werden und sie für einen kulturspezifischen Umgang mit LSBTI* sensibilisiert werden?

Die Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen ist eine wichtige Aufgabe. Entsprechende Schulungen und Weiterbildungsangebote müssen im Rahmen der Ausschreibungen für die Arbeit mit Geflüchteten verbindlich festgeschrieben werden, was mittlerweile auch teilweise bereits geschehen ist. Die Entwicklung und Durchführung entsprechender Angebote sollte mit queeren Verbänden abgesprachen werden. Zudem ist die Selbstorganisation queerer Geflüchteter organisatorisch und finanziell zu stärken.

6. Bildung

15. Werden Sie sich dafür stark machen, dass in Schulen und Kitas die Vielfalt unterschiedlicher sexueller und geschlechtlicher Identitäten wahrgenommen und auf ihre Akzeptanz hingearbeitet wird und wollen Sie dafür sorgen, dass diese im Rahmen der schulischen Bildung stärker thematisiert wird?

Wollen Sie auch darauf hinwirken, dass die Sichtbarkeit von LSBTI* in Schulbüchern und Unterrichtsmaterialien erhöht wird?

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Thema „Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt“ stärker in der Aus- und Weiterbildung von Lehrenden und weiterem pädagogischen Personal Berücksichtigung findet?

Unterstützen Sie die Einrichtung von Beratungsstellen für LSBTI*, die bei der Schulaufsicht der Bezirksregierungen angesiedelt sind und für Schüler*innen und Lehrende ansprechbar ist?

Beide Fragen werden im Zusammenhang beantwortet!

DIE LINKE.NRW unterstützt die Vielfalt in der Gesellschaft und teilt mit dem LSVD das Anliegen, Kindern und Heranwachsenden frühzeitig zu vermitteln, dass unterschiedliche Lebensweisen das Leben von allen Menschen bereichern. Die Sichtbarkeit von LSBTTI aber auch anderer diskriminierter Personengruppen ist in deutschen Schulbüchern unterrepräsentiert. Entsprechende Fachkongresse zu diesen Themen sind in Kooperation mit den Schulbuchverlagen, initiiert vom Bund oder von einzelnen Bundesländern, anzuregen bzw. gezielt zu fördern. Hier hat es in den letzten Jahren kleine Fortschritte gegeben und hierin sollten die Schulbuchverlage ermuntert werden, diesen Weg fortzuführen.

In die Ausbildung von Lehrenden ist das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt aufzunehmen, da dies besonders nachhaltig wirkt. Gesonderte Weiterbildungsangebote sind darüber hinaus anzubieten.

DIE LINKE.NRW unterstützt die Forderung, Beratungsangebote bei den Schulträgern anzusiedeln. Besonders wichtig ist allerdings auch der Ausbau des Projekts „Schule ohne Homophobie“ und die flächendeckende Ausfinanzierung der SchLAU-Projekte (schwul-lesbische Aufklärung).

7. Familienvielfalt - Regenbogenfamilien

16. Wollen Sie sich dafür stark machen, dass Regenbogenfamilien in Verwaltung, Jugendämtern und Schulen anerkannt und gleichberechtigt neben anderen Familienformen wahrgenommen werden und Beratungs- /Unterstützungsstrukturen weiter gefördert werden? Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass entsprechende Netzwerke und Initiativen Unterstützung erfahren?

Wie wollen Sie sich für die vollständige Gleichbehandlung von Regenbogenfamilien bei Entscheidungen über Pflegschaften und Adoption einsetzen?

Beide Fragen werden im Zusammenhang beantwortet.

Ja, DIE LINKE.NRW unterstützt die Gleichbehandlung von Regenbogenfamilien. Familie ist im Wandel und dies ist gut so. Das Kindeswohl steht immer an erster Stelle und hier haben Regenbogenfamilien bewiesen - im Rahmen zahlloser Studien ist dies belegt -, dass sie hervorragende Eltern sein können. Doch leider gibt es gegenüber diesen Familienformen weiterhin Vorbehalte. Dies abzubauen ist auch Ziel der LINKEN.NRW. Hier ist ein unterschiedliches Set von Maßnahmen notwendig, welches den Wandel langfristig verankert: Weiterbildung der Verwaltung, Förderung von Unterstützungsstrukturen, Aufklärungsmaterialien oder besondere Örtlichkeiten in Ballungsräumen. Hier kann man von dem vorbildlichen Beispiel des Regenbogenfamilienzentrum in Berlin lernen. Um Vorbehalte in der Verwaltung abzubauen, gerade auch im Bereich der Adoption und Pflegschaft, bedarf es Aufklärungsmaßnahmen, Weiterbildungen und langfristig einer Kultur in der Verwaltung, in der die neuen Familienformen als gleichwertig anerkannt werden.

8. Gesundheit

17. Wie wollen Sie einen diskriminierungsfreien Zugang zur gesundheitlichen Versorgung gewährleisten und sicherstellen, dass diese LSBTI*-inklusiv, geschlechter- und diversitätsgerecht ausgestaltet ist?

Wie wollen Sie bei Gesundheitsprojekten und -kampagnen und in der Behindertenhilfe die Bedürfnisse und Probleme von LSBTI* berücksichtigen?

Beide Fragen werden im Zusammenhang beantwortet.

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass Sensibilisierungen besonders nachhaltig sind, wenn diese in der Ausbildung einen festen Bestandteil haben. Außerdem entstehen so meist keine höheren Kosten und sie können damit auch nicht aus Kostengründen einfach gestrichen werden. Hierfür setzt sich DIE LINKE.NRW ein. Darüber hinaus bedarf es mehr Aufklärung und gezielte Weiterbildungsangebote für im Gesundheitsbereich arbeitende Menschen, aber auch die Träger und Unternehmen müssen ihrer Verantwortung gerecht werden. Dies ist weiterhin ein langer Prozess. Good-Practice-Beispiele und die Auslobung von Preisen und Fachkongresse können dies befördern.

Insofern es im Verantwortungsbereich des Landes NRW ist, setzt sich DIE LINKE.NRW dafür ein, dass in der Ausschreibung von Kampagnen und Projekten die Situation von LSBTTI nach Möglichkeit berücksichtigt werden soll. Die Behindertenhilfe und Pflege steht in den nächsten Jahren vor größeren Herausforderungen. Denn viele ältere LSBTTI gehen heute zunehmend offener und selbstbewusster mit Ihrer Identität um. Dieser gesellschaftliche Fortschritt muss sich aus Sicht der LINKEN.NRW auch in Angeboten und Möglichkeiten für diese Personengruppe widerspiegeln und Ihre Bedürfnisse müssen Berücksichtigung erfahren. Aber hier stehen nicht nur der Staat bzw. das Land NRW in der Verantwortung, sondern auch die Institutionen, Träger etc. Ein kultureller Wandel benötigt Zeit und dieser ist nur mit weiteren Partner_innen zu gewährleisten. Beispielsweise mit Initiativen wie „Lesben im Alter“ oder „Schwule im Alter“ oder gemeinsamen Aktionen mit der GKV zu diesem Thema etc. Außerdem kann mit der gezielten Förderung von Leuchtturmprojekten eine positive Ausstrahlung erzeugt werden.

9. Religionsgemeinschaften

18. Wie beabsichtigen Sie den Dialog zwischen Religionsgemeinschaften, Zivilgesellschaft und LSBTI* zu befördern, um gemeinsam für Akzeptanz einzutreten?

Wie wollen Sie sicherstellen, dass bei der Vergabe von Förderungen und Aufträgen durch das Land NRW auch LSBTI* nicht diskriminiert werden? Werden sie entsprechende Klauseln mit Diskriminierungsverboten bei Verträgen des Landes mit religiösen Gemeinschaften vorsehen?

Beide Fragen werden im Zusammenhang beantwortet.

Wandel entsteht durch Annäherung. Zuhören und das Verständnis für unterschiedliche Ansichten ist eine Voraussetzung für eine plurale und offene Gesellschaft. Dieses Miteinander zu fördern ist aus Sicht der LINKEN, gerade in Zeiten eines gesellschaftlichen Rechtsrucks, von großer Wichtigkeit.

DIE LINKE.NRW positioniert sich klar gegen die Diskriminierung von LSBTTI. Es darf nicht länger sein, dass kirchliche Einrichtungen aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, dann aber über das kirchliche Arbeitsrecht diese öffentlichen Gelder zur Diskriminierung beispielsweise von LSBTI* verwendet werden. Hier fordert DIE LINKE vertragliche Vereinbarungen zum Thema „diskriminierungsfreie Arbeitsplätze“ als Vorbedingung zur Vergabe öffentlicher Mittel.